

Niederschrift

6. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.11.2022
Sitzungsbeginn:	19:04 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Klosterberghalle Langenselbold, Schloßpark 7, 63505 Langenselbold, Saal Europa

Anwesend

Vorsitz

Jürgen Schonlau

Mitglied

Florian Gibbe

Guntrun Hausmann

Cornelia Hofacker

Christopher Höntsch

Christiane Kapp

Christof Sack

Peter Volk

Dipl.jur. Natalie Warnecke-Quanz

Vertretung für: Monika
Duderstadt

Vertretung für: Stefan Bollé

Vertretung für: Jürgen
Heim

Schriftführung

Marcus Rosen

Magistrat

Timo Greuel

Ute Rosenberger

Benjamin Schaaf

Norbert Schwindt

Weitere Fraktionsvorsitzende

Rainer Lamprecht

Abwesend

Mitglied

Stefan Bollé
Monika Duderstadt
Jürgen Heim

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Magistrat

Manfred Kapp
Gerhard Mohn
Roland Sahler
Barbara Egel-Sahler

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Frau Theresa Neumann, Amtsleiterin Amt 10
Herr Michael Juracka, Amtsleiter Amt 30
Frau Verena Lenz, Amtsleiterin Amt 40
Frau Verena Margraf, Amtsleiterin Amt 60
Herr Felix Hartmann, stellv. Amtsleiter Amt 60
Herr Marco Knapp, Feuerwehr (Stadtbrandinspektor)
Herr Markus Mohn, Feuerwehr

Folgende Pressevertreter waren zu Beginn der Sitzung anwesend:

Frau Anja Goldstein, Gelnhäuser Neue Zeitung

Tagesordnung

- | | | |
|---|--------------------------------------|---------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Erlass einer Hebesatzsatzung ab 2023 | 22/0139 |
| 3 | Haushalt 2023 | 22/0138 |

Protokoll

Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sind durch Einladung vom 28.10.2022 auf Dienstag, den 22.11.2022, 19.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwände nicht erhoben werden.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach Anzahl der anwesenden Ausschussmitglieder beschlussfähig ist. 8 Ausschussmitglieder sind anwesend.

2 Erlass einer Hebesatzsatzung ab 2023

22/0139
ungeändert
beschlossen

Herr Schonlau ruft den Tagesordnungspunkt 2 zur Beratung auf.

Herr Ausschussvorsitzender Schonlau erläutert, dass derzeit keine Änderungen an der Hebesatzsatzung durchgeführt werden müssen, da diese Änderungen sich aus Anpassungen am Haushaltsentwurf 2023 (TOP 3) ergeben. Daher wird vorgeschlagen, dass dieser Tagesordnungspunkt zunächst zurückgestellt wird. Hierzu gibt es keine Einwendungen.

Herr Schonlau ruft den zurückgestellten Tagesordnungspunkt 2 zur Beratung und Abstimmung auf.

Im Zuge der Beratung wird durch die Fraktion der Freien Wähler ein Änderungsantrag zur Anpassung der Hebesätze in der Hebesatzsatzung zur Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss als Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Der **Änderungsantrag der Freien Wähler** zur Anpassung der Hebesätze ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
1 (FW)	8 (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP)	0

Ursprüngliche Beschlussvorlage:

1. Die Hebesatzsatzung für das Jahr 2023 wird erlassen. Die Satzung wird zunächst in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen um dort gemeinsam mit dem Haushaltsentwurf 2023 beraten zu werden.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt den Erlass der Hebesatzsatzung für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7 (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU)	1 (FW)	1 (FDP)

Anlage 1 zu TOP 2 - Änderungsantrag der FW-Fraktion vom 18.11.2022

3 Haushalt 2023

22/0138
ungeändert
beschlossen

Herr Schonlau ruft den Tagesordnungspunkt 3 zur Beratung auf.

Der Haushalt wird erneut erörtert und die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Des Weiteren werden noch offene Fragen zum Protokoll aus der Sitzung vom 16.11.2022 beantwortet.

Herr Peter Volk betritt den Sitzungsraum um 19:10 Uhr. Somit sind 9 Ausschussmitglieder anwesend.

Im Zuge der Haushaltserörterung wird durch Herrn Ersten Stadtrat Schaaf ein erforderlicher Antrag zur Anpassung der Planwerte im Teilhaushalt der Abfallbeseitigung als Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 28.03.2022 einen einstimmigen Beschluss zur Teilnahme an der IKZ-Abfallbeseitigung mit 5 weiteren Kommunen und dem Main-Kinzig-Kreis als Auftraggeber für die Einsammlung von Abfällen gefasst. Primäres Ziel hierbei war, im Verbund mit anderen Kommunen ein wirtschaftlicheres Ergebnis bei der Ausschreibung zu erzielen. Das Ergebnis der europaweiten Ausschreibung liegt nun seit Ende der Kalenderwoche 46 vor und weist deutliche Kostensteigerungen im Bereich der kommunalen Abfallsammelkosten auf. Die Firma Weisgerber Umweltservice GmbH aus Wächtersbach ging dabei als wirtschaftlichster Anbieter hervor und wird somit neuer Auftragnehmer.

Die jährlichen Mehrkosten betragen nach erster Prüfung des kürzlich durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Main-Kinzig-Kreises zur Verfügung gestellten Ausschreibungsergebnisses rund 430 TEUR pro Jahr für die Vertragslaufzeit von 6 Jahren, beginnend am 01.01.2023. Diese Mehrkosten sind im vorliegenden Haushaltsentwurf 2023 sowie in den Folgejahren der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung unter der Kostenstelle 11060101 (Abfallbeseitigung), Konto 61001200 (Fuhrlöhne) nicht eingeplant. Des Weiteren ist eine daraus resultierende notwendige Gebührenanpassung der Abfallgebühren, die auch für das Jahr 2023 per Satzungsänderung zum 01.01.2023 umzusetzen wäre, in der Kürze der Zeit nicht mehr realisierbar.

In der Folge ist ab dem Jahr 2024 eine Gebührenanpassung der Abfallgebühren unumgänglich, da das Ausschreibungsergebnis feststeht und entsprechend anerkannt werden muss, um die Abfallsorgung der Stadt Langenselbold ab dem 01.01.2023 weiterhin zu sichern. Der Entsorgungsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren relativiert, da viele Entsorgungsfirmen aus dem näheren Umkreis ihre Tätigkeiten eingestellt haben. Größere Entsorger aus entfernten Standorten haben kein wirtschaftliches Interesse an der Auftragsannahme im Main-Kinzig-Kreis und die verbleibenden lokalen Anbieter haben somit die Möglichkeit, die Preise, auch wenn diese im Zuge der Ausschreibung als nachweislich marktüblich verifiziert wurden, zu diktieren. Demnach ist eine ausgeglichene Darstellung im Haushaltsentwurf 2023 nicht mehr möglich. Es würde lediglich das Ergebnis des Haushalts 2023 um die Mehraufwendungen verschlechtern. Im Haushaltsvollzug wird sich dies tatsächlich wieder spiegeln, da die Kosten, unabhängig davon, ob diese eingestellt werden oder nicht, im kommenden Jahr anfallen werden und diese nicht durch Mehrerträge finanziert werden können. Im Sinne der Grundsätze von Haushaltswahrheit und -klarheit wird die Anpassung der Planansätze im Haushalt 2023 vorgeschlagen.

Herr Schonlau beantragt eine Sitzungsunterbrechung und unterbricht die Sitzung um 19:41 Uhr.

Die Sitzungsunterbrechung endet um 19:46 Uhr.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Der Ansatz der Kostenstelle 11060101 (Abfallbeseitigung), Konto 61001200 (Fuhrlöhne) wird im Haushaltsjahr 2023 von 285.000,00 EUR um 430.000,00 EUR auf 715.000,00 EUR erhöht. Daraus resultierend ist die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung auf den jeweiligen Konten entsprechend für die Jahre 2024 bis 2026 fortzuschreiben. Dies beinhaltet die Erhöhung des Ansatzes im Bereich der Erträge (Abfallgebühren) zum Ausgleich des Gebührenhaushalts und die vorgenannte Anpassung im Aufwand (Fuhrlöhne).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8 (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP)	0	1 (FW)

Die Beratung des Tagesordnungspunkts 3 ist somit abgeschlossen.

Herr Schonlau ruft den Tagesordnungspunkt 3 zur Abstimmung auf.

Im Zuge der Beschlussfassung wird durch die Fraktion der CDU ein **Änderungsantrag** zur Anpassung der Entwässerungssatzung zur Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss als Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Der Änderungsantrag der CDU zur Anpassung der Entwässerungssatzung ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Herr Erster Stadtrat Schaaf erläutert die formalen Hindernisse zur Änderung der Entwässerungssatzung in der nun vorliegenden Form.

Herr Gibbe beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Herr Schonlau unterbricht die Sitzung um 20:20 Uhr. Die Sitzungsunterbrechung endet um 20:32 Uhr.

Nach der Sitzungsunterbrechung zieht die Fraktion der CDU den eingebrachten Antrag zurück.

Herr Schonlau ruft die ursprüngliche Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Ursprüngliche Beschlussvorlage:

1. Das Investitionsprogramm 2022 bis 2026 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
2. Die Haushaltssatzung, einschließlich des Produktplans und aller Anlagen für das Haushaltsjahr 2023 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5 (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)	0	4 (CDU, FW, FDP)

Anlage 1 zu TOP 3 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2022

Vorsitz:

Jürgen Schonlau

Schriftführung:

Marcus Rosen